Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 42 Oktober 2016

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

es wirkte nicht sehr feierlich, was in diesem Jahr aus Dresden am Tag der Deutschen Einheit gesendet wurde. Dabei hätten wir allen Grund dankbar zu sein für 26 Jahre Aufbau Ost und das Geschenk der Wiedervereinigung. Das wird mir immer wieder aufs Neue bewusst, wenn ich in Korea bin oder mit koreanischen Gästen spreche. In ihrer Sehnsucht nach friedlicher Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel löchern sie uns mit Fragen, wie es in Deutschland gelingen konnte. Obwohl wir nicht nur von gelungenen, sondern auch von noch zu bewältigenden Aufgaben erzählen und dem langen Weg der Annäherung, bewundern sie den deutschen Weg.

Ja, wir werden weiter an dieser Einheit und am guten Zusammenleben in unserem Land arbeiten müssen. Die Kluft, die es zu überwinden gilt, ist nicht nur eine Frage der Himmelsrichtung und der politischen Werthaltung. Wir erleben auch, dass die Ungleichheit in unserem Land größer wird. Das hat uns in dieser Woche Dr. Michael Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts der Wirtschaft, bei einem Arbeitsfrüh-

stück nachdrücklich vor Augen geführt. Und er hat uns bestärkt in unseren Anstrengungen für mehr Chancengerechtigkeit in der Bildungs- und Familienpolitik, für mehr Steuergerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik. Da haben wir gerade weitere Fortschritte beschlossen. Die Leiharbeit bekommt endlich klare Regeln und Grenzen. Und der Übergang in die Rente wird flexibler.

Bei all den anstehenden Aufgaben wünsche ich uns als Gesellschaft den Mut, Probleme nicht resignativ anzugehen, sondern mit einem realistischen, aber auch zuversichtlichen Blick nach vorne. Dabei gilt es, immer miteinander im Dialog zu bleiben. Ganz gemäß dem Motto der diesjährigen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit: Brücken bauen.

Ihre/Eure





Werkverträge und Zeitarbeit sind in unserer hochflexiblen Wirtschaft notwendig. Unternehmen können mit ihrer Hilfe zum Beispiel Auftragsspitzen ausgleichen. Aber sie dürfen nicht missbraucht werden, um Streiks zu brechen oder Löhne zu drücken und sie dürfen keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse schaffen. Darum muss es klare Regeln für die Leiharbeit und für Werkverträge geben. An diesen Regeln haben wir lange gearbeitet und sie in dieser Woche in einem Leiharbeitsgesetz verabschiedet.

Zukünftig wird es eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten geben. Dadurch wird verhindert, dass Menschen jahrelang mit Werkverträgen oder als Leiharbeiter ohne Sicherheit arbeiten müssen. Außerdem regelt das Gesetz, dass Leiharbeiter nach spätestens neun Monaten genauso viel verdienen, wie die Stammbelegschaft. Lohndumping wird so ein Riegel vorgeschoben.

Flexible Rente

Viele Menschen wollen und können länger arbeiten, als sie gesetzlich müssten. Andere wiederum müssen früher in Rente gehen als vorgesehen. Wir wollen älteren Menschen deshalb ermöglichen, ihren Übergang in den Ruhestand flexibler zu gestalten. Mit einem Gesetz zum flexibleren Übergang in die Rente haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen. So soll zukünftig beispielsweise eine Kombination von Teilzeitrente und Teilzeitarbeit möglich sein. Und Menschen, die länger als vorgesehen arbeiten, sollen auch weiterhin in ihre Rentenversicherung einzahlen und damit auch ihre Rente verbessern können.

Außerdem soll es bereits ab einem Alter von 50 Jahren ermöglicht werden, Zusatzbeiträge einzuzahlen. Dadurch kann Abschlägen vorgebeugt werden, die durch einen früheren Renteneintritt entstehen. Bisher war das erst ab 55 möglich. Das gibt Beschäftigten mehr Zeit, die Aufstockungsbeiträge aufzubringen und macht diese Option damit für breitere Einkommensschichten zugäng-



lich

Möglichst viele Menschen sollen bis ins Rentenalter gesund arbeiten können. Deshalb gilt für uns das Prinzip "Vorrang für Prävention und Reha vor Rente". Die Ansprüche der Versicherten auf Leistungen der Rehabilitation werden deshalb zukünftig klarer und umfassender geregelt und um Leistungen der Prävention und Nachsorge ergänzt. Auch im Bereich der Kinder- und Jugendreha, die von der Rentenversicherung mitfinanziert wird, haben wir in dem Entwurf wichtige Verbesserungen erreicht. So können zum Beispiel stationäre Leistungen auch innerhalb der bisherigen 4-Jahresfrist in Anspruch genommen werden. Außerdem können Kinder altersunabhängig eine Begleitperson zu Rehamaßnahmen mitnehmen.



Kreistag in Berlin

Der Kreistag war zu Besuch in Berlin. Da Verkehrsprobleme eines seiner größten Anliegen waren, stand als erstes ein besuch im Verkehrsministerium auf der Tagesordnung.

Syrien: Wie weiter?

Seit Wochen erschüttern uns die furchtbaren Bilder aus Syrien, besonders aus Aleppo, wo die humanitäre Lage immer katastrophaler wird. Die festgefahrene internationale Situation scheint jeglichem friedenstiftenden Handeln im Wege zu stehen. Immerhin gibt es nun wieder eine wacklige Feuerpause, die es den Helferinnen und Helfern vor Ort hoffentlich ermöglicht, Kranke und Verletzte zu versorgen und Menschen aus Aleppo zu bringen. Dass eine solche Feuerpause von gerade mal elf Stunden pro Tag der einzige Hoffnungsschimmer ist, zeigt, wie verzweifelt die Lage ist.



Es ist ein Gefühl der Ohnmacht, das uns dieser Tage begleitet. Wir wollen die Menschen in Syrien nicht im Stich lassen. Deshalb setzt sich unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit aller Kraft für weitere Verhandlungen und konkrete Maßnahmen ein, wie beispielsweise für eine Flugverbotszone in Syrien. Das würde humanitäre Hilfe erleichtern und könnte ein erster Schritt in Richtung einer langfristigen Feuerpause sein.

Geheimdienste besser kontrollieren

Spätestens seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist klar: Geheimdienste müssen besser kontrolliert werden. In Deutschland hat das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) diese Aufgabe. Aufgrund der Erkenntnisse zweier Untersuchungsausschüsse – in der letzten Legislatur zum NSU-Skandal und jetzt zum NSA-Skandal - wurden nun neue und bessere Rechtsgrundlagen zur Kontrolle von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz beschlossen. So wird die Arbeit des PKGr zukünftig durch einen ständigen Bevollmächtigten mit eigenem Mitarbeiterstab unterstützt. Um außerdem mehr Transparenz zu schaffen, wird es jährlich mindestens eine Anhörung geben, bei der sich die Präsidenten der Nachrichtendienste den Fragen des PKGr stellen müssen.

Mit einem zweiten Gesetz beheben wir Defizite in der Auslands-Fernmeldeaufklärung. Denn hier

hat der BND jahrelang in einer rechtlichen Grauzone agiert. Deshalb führen wir unter anderem klare Regeln ein zu festen Speicherfristen und Löschverpflichtungen für Daten, die der BND über ausländische Staatsbürger sammelt. Die Erhebung und Übermittlung von Daten im Rahmen einer Kooperation mit ausländischen Partnern wird zukünftig nur unter noch strengeren Auflagen möglich sein.

Trotz einiger Pannen bei der Ermittlungsarbeit zeigt das Beispiel der Festnahme des terrorverdächtigen al-Bakr in Sachsen: Geheimdienst und Verfassungsschutz haben eine wichtige Daseinsberechtigung. Denn ihre wirkungsvolle Arbeit und ihre Kooperation mit internationalen Partnern haben zur Aufdeckung und Verhinderung der geplanten Terroranschläge geführt.



Ortsbesuch Mühlhausen im Täle

In Mühlhausen im Täle dürfen Kinder dem Bürgermeister "auf dem Kopf herumtrampeln", denn die Grundschule ist direkt über dem Rathaus. Dafür darf Schultes Bernd Schaefer am regelmäßig frisch gekochten Schülermittagstisch teilhaben, wenn er mal Zeit hat. Tolles ehrenamtliches Engagement rund um die kleinste Schule im Schulamtsbezirk.

Mit dem Bundestag in die USA

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) gibt es seit über 30 Jahren. Es ermöglicht jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Heike Baehrens hat dieses Jahr für die Stipendiatin Dorothee Kneer aus Deggingen die Patenschaft übernommen. In einer Mail berichtete Dorothee von ihren ersten Eindrücken in den USA:

"Ich lebe jetzt in Reynolds, North Dakota auf einer Farm mitten im Nirgendwo. Ich habe einen 15jährigen amerikanischen und einen 16jährigen spanischen Gastbruder. Es war am Anfang definitiv eine große Umstellung, aber ich war sehr schnell in der Lage mich gut einzuleben. Unser Zuhause ist etwa 30 Minuten mit dem Auto von Grand Forks (der drittgrößten Stadt in North Dakota) entfernt. In Grand Forks gehe ich auch zur Schule. Die Schule unterscheidet sich sehr von der in Deutschland. Ich konnte selbst meine Fächer wählen, was bei einer Fächerauswahl von 150 Fächern gar nicht so einfach war.



Letztendlich habe ich mich für Resource, American Government, English, Pre-Calculus (Mathe), Speech Communications, Theater Arts und US History entschieden. Ich habe sowohl mit meinen Lehrer als auch mit meinen Mitschülern sehr viel Glück gehabt. Alle haben mich sehr herzlich willkommen geheißen und dazu beigetragen, dass ich mich sehr schnell wohlgefühlt habe.

Ein weiterer sehr schöner Aspekt an der amerikanischen Schule ist der "School Spirit": Zu Footballspielen kommt die ganz Schule und unterstützt das Schulteam. Beeindruckt von dem Teamgeist habe ich mich entschieden an Cross Country teilzunehmen. Wir trainieren fünf Mal die Woche und haben jeden Samstag ein Turnier. Dank Cross Country konnte ich am Milaca Mega Meet (dem größten High School Cross Country Turnier der Welt) teilnehmen. Es sind definitiv einmalige Erfahrungen.

Mit sehr viel Spannung verfolge ich momentan den Wahlkampf. Die Debatten zwischen Clinton und Trump werden in der Schule regelmäßig diskutiert. Es ist dieses Jahr ein sehr außergewöhnlicher Wahlkampf wie ich es erlebe. Viele Amerikaner sind weder für Clinton noch für Trump sondern entscheiden sich für den Kandidaten der ihnen noch am nächsten steht. Ich persönlich finde beide Kandidaten – ich nenne es mal "interessant". Es ist jedenfalls unglaublich toll den Wahlkampf mitzuerleben. Im November werde ich auf Grund des PPPs eine Wochen in Washington D.C. verbringen und den Congressabgeordneten aus North Dakota treffen. Darauf freue ich mich schon sehr.

Ich habe mich hier gut eingelebt und fühle mich sehr wohl. Zum jetzigen Zeitpunkt bin ich glücklich sagen zu können: Ich würde mich sofort wieder dafür entscheiden ein Auslandsjahr zu machen!"

Mehr Infos zum PPP gibt es → hier.

Heike Baehrens





Als stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe besuchte ich das Deutsche-Koreanische Forum in Gyeongju und referierte über "Die Rolle der Frau in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft". Beim Forum haben Südkoreaner und Deutsche gemeinsam Empfehlungen zu verschiedenen politischen Themen erarbeitet, die den Regierungen beider Länder überreicht werden.



Termine - 22. Oktober bis 11. November 2016

Samstag, 22. Oktober 10:00 Uhr

Landesparteitag Heilbronn

Montag, 24. Oktober

11:00 Uhr

Gespräch mit Psychotherapeutenschaft Göppingen e.V.

16:00 bis 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Bürgerbüro

Dienstag, 25 Oktober

10:00 Uhr

Ortsbesuch Salach

Gespräch mit Bürgermeister Julian Stipp Besuch Firma Otra Umformtechnik GmbH

19:00 Uhr

Nominierungskonferenz

Stadthalle Göppingen

Mittwoch, 26. Oktober

10:00 Uhr

Schülergespräch "Armenien-Resolution"

Erich-Kästner-Gymnasium Eislingen

15:00 Uhr

Besuch ZEBRA Migrationsberatung

17:00 Uhr

Besuch Heimatmuseum Berchtoldshof Uhingen

19:00 Uhr

Podiumsdiskussion Toleranzwochen:

Ev. Gemeindehaus Uhingen

Donnerstag, 27. Oktober

10:00 Uhr

Ortsbegehung Albershausen

mit dem Kreisbehindertenring Göppingen

15:00 Uhr

Netzwerk Inklusion

BAD-Stiftung Haus Lindenhof

19:00 Uhr

"Heike Baehrens im Gespräch"

Glashaus Salach

Freitag, 28. Oktober 16:00 Uhr

Fraktion vor Ort zum Bundesteilhabegesetz Bad Neustadt

Mittwoch, 02. bis Freitag, 04. November

Delegationsreise Schweiz

Sonntag, 06. November 17:30

Auftaktkonzert der 43. NWZ-Aktion "Gute Taten"

Montag, 07. November bis Freitag, 11. November

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10 73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1 11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159





